

Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wie sich der politische Einfluss der Orthodoxen Kirchen Südosteuropas in der Epoche des Kalten Krieges in den Ländern selbst, aber auch in Europa gestaltete, legt der Themenschwerpunkt in dieser Ausgabe dar, der von Oliver Jens Schmitt koordiniert wurde. Wir möchten ihm an dieser Stelle herzlich dafür danken. In seiner einleitenden Analyse zum Thema schreibt Schmitt: „Doch während in der EU seit langem über einen europäischen Islam debattiert wird, wurde übersehen, dass die EU jetzt schon eine stark orthodoxe Komponente aufweist (Griechenland trat 1981 der EG bei, Rumänien und Bulgarien 2007 der EU) und sie sich mit einer Erweiterung um die Ukraine, die Republik Moldau und die Westbalkanstaaten Serbien, Montenegro, Nordmazedonien neben (und gegen) Russland zur zweitstärksten orthodoxen Macht auf der Welt wandeln würde. Was das bedeutet, wurde noch kaum im Zusammenhang diskutiert.“

Momchil Metodiev wertet für seine Analyse Unterlagen bulgarischer Staatsarchive aus, die erst seit kurzem offiziell zugänglich sind, und analysiert die Zeit zu Beginn des Kalten Krieges: „Paradoxerweise wurde der internationale Status der bulgarisch-orthodoxen Kirche nach einer langen Zeit der Spaltung von der orthodoxen Gemeinschaft in den Jahren des Stalinismus mit Unterstützung des neu etablierten kommunistischen Regimes in Bulgarien wiederhergestellt und gestärkt.“ Metodiev kommt zu der Erkenntnis, „dass die Wahl des Patriarchen und die Aufwertung der bulgarisch-orthodoxen Kirche Teil eines umfassenderen Prozesses waren, in dessen Rahmen die kommunistischen Behörden die Kontrolle über die Kirche etablierten“. In welcher Lage sich die Orthodoxe Kirche Rumäniens zur gleichen Zeit befand, beschreibt Cristian Vasile. Seine These lautet, dass „der griechisch-katholische Faktor die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Rumänien geprägt hat. Darüber hinaus scheint der rumänische Fall sowohl aufgrund der verstärkten Unterwanderung der Priester- und Mönchsgemeinschaften durch Informanten der politischen Polizei (der Securitate) als auch aufgrund des intensiven Einsatzes orthodoxer Hierarchen zur Förderung des staatlich geförderten kulturellen Nationalismus (des sogenannten rumänischen Protochronismus) hervorstechen“. Vasile vergleicht die Situation der rumänisch-orthodoxen Kirche unter kommunistischer Herrschaft mit der Lage anderer orthodoxer Kirchen in Südosteuropa und blickt auch auf mögliche Kontinuitäten in der postkommunistischen Zeit.

Ioannis Zelepos rundet den Themenschwerpunkt mit einer Untersuchung der griechischen „Neo-Orthodoxie“ in der Zeit des Kalten Krieges ab. Er beschreibt diese als „eine intellektuelle Strömung, die sich als Gegenbewegung zum engen Bündnis aus Kirche, Staat und antikommunistischem Nationalismus im Nachkriegsgriechenland entwickelte“. Die Neo-Orthodoxie sei mit der sozialrevolutionären Theorie, die als „Christiano-Marxismus“ bezeichnet wurde, in Dialog getreten und habe in der Zeit nach dem Sturz der Militärdiktatur im Jahr 1974 „erheblichen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs in Griechenland“ erlangt. Zelepos gibt zudem einen Ausblick auf die Auswirkungen, die neo-orthodoxe Strömungen seit den 1980er Jahren bis heute auf die offizielle Kirche haben.

Außerhalb des Themenschwerpunkts schreibt Jelena Džankić über den Effekt, den ein möglicher EU-Beitritt Montenegros auf die anderen Westbalkanstaaten haben könnte: „Im Wesentlichen würde der Beitritt Montenegros die Glaubwürdigkeit der EU stärken und beweisen, dass Reformen nach wie vor mit einer Mitgliedschaft belohnt werden“. Gleichzeitig hätte ein erfolgreicher Beitritt aber ganz unterschiedliche Auswirkungen auf die Länder der Region: Während Džankić bei Co-Frontrunner Albanien die Möglichkeit einer Erhöhung der Motivation im eigenen Prozess sieht, würden sich die strukturellen Hürden in vielen anderen Kandidatenstaaten durch den Beitritt Montenegros nicht verändern, so dass sich ihr Kalkül auch kaum verschieben dürfte, so die Autorin.

Der EU-Beitrittskandidat Serbien wird seit Jahren von Expert:innen als hybrides Regime eingestuft. Seit November 2024 regt sich starker Protest gegen die serbische Regierung. Die Autorinnen Daniela Simon und Danica Trifunjagić untersuchen in ihrem gemeinsamen Beitrag die Rolle von Frauen in der Protestbewegung in Serbien und beobachten, dass diese entgegen allen Stereotypen eine tragende ist. Auch sind es nicht „die Frauen“ als einheitliche Gruppe, sondern Frauen aller Alters- und Lebensphasen und aus sehr unterschiedlichen politischen Spektren, die den Protest maßgeblich mitgestalten: „Einige bedienen sich der Sprache des Feminismus; andere griffen auf traditionellere Autoritätsbilder zurück, darunter Mutterschaft, Fürsorge, Religion und nationale Zugehörigkeit. Dieses Nebeneinander unterschiedlicher politischer und kultureller Ausdrucksformen ist eines der bemerkenswertesten Merkmale der serbischen Proteste.“

Mit dem aktuellen Deutschlandbild in Serbien beschäftigt sich Thomas Brey. Dieses Bild wird vor allem durch die regierungsgesteuerten Medien geprägt. Sie arbeiten oftmals mit plakativen Bildern aus der jüngeren Geschichte und unterstellen Deutschland entgegen aller Realität, dass es ein „Viertes Reich“ aufbauen und Serbien unterwerfen wolle. Von der „geradezu idyllische[n] Zusammenarbeit“ zu Zeiten der Regierung Merkel sei nichts mehr zu spüren. Zur Medienhetze gegen Deutschland hätten auch die Aussagen von Bundeskanzler Friedrich Merz beigetragen, dass Serbien sich zwischen Europa, China und Russland entscheiden solle sowie die vermehrte kritische Berichterstattung deutscher Medien über das System Vučić, schreibt Brey.

Einen Systemwandel macht derzeit Ungarn durch. Stephan Müller geht der Frage nach, ob die Volksgruppe der Roma* durch den Regimewechsel in Ungarn nach dem Sieg von Péter Magyar bei den Parlamentswahlen Gutes zu erwarten hat. Müller schreibt: „Auf symbolischer Ebene haben Péter Magyar und TISZA erste, wichtige Zeichen gesetzt, dass Roma* ein integraler und wichtiger Teil Ungarns sind. Aber es gibt auch Kritik daran, dass keine Angehörigen dieser Minderheit mit Verantwortung in der Regierung betraut worden sind, obwohl viele qualifizierte Roma* bereit gewesen wären, Verantwortung zu übernehmen.“ Die nächsten Monate werden zeigen, ob sich das ändern wird.

Wir wünschen Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre und einen schönen Sommerausklang.

Ihr Redaktionsteam
Christian Hagemann

Viktoria Voglsinger-Palm

Stephani Streloke